

Agrarpolitisches Bündnis Bremen (ABB)

c/o Verein Sozialökologie
im Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
Nur per E-Mail: info@verein-sozialoekologie.de

FDP Landesverband Bremen

Dr. Magnus Buhlert, MdBB
- stellv. Vorsitzender -

Violenstraße 47
28195 Bremen

Telefon: +49 172 174 34 65

E-Mail: buhlert@fdp-bremen.de

Internet: www.fdp-bremen.de

Bremen, 02.05.2019

Wahlprüfsteine Agrarpolitische Bündnis Bremen (ABB)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Fragen. Wir haben am 6. März 2019 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter www.fdp-bremen.de. Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen.

Gern beantworte ich Ihre Fragen als stellv. Vorsitzender der FDP Bremen.

1. Ökolandbau

Bremen ist „BioStadt“ und nach Berlin mit 21,1 Prozent das Bundesland mit dem höchsten Anteil an ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass noch mehr Landwirte ihren Betrieb auf den klimafreundlichen biologischen Landbau umstellen. Unser Ziel lautet: Bis 2030 sollen 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bremen ökologisch bewirtschaftet werden.

Frage: Wie stehen Sie zu unserer Forderung? Was werden Sie zukünftig zur Förderung des ökologischen Landbaus in Bremen unternehmen?

Antwort: Der ökologische Landbau ist in Bremen stark, das begrüßen wir Freie Demokraten. Es zeigt, dass sich immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch Produzentinnen und Produzenten bewusst für diese Art der Produkte bzw. Produktion entscheiden. Wir gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird, weil sich immer mehr Menschen so entscheiden. Wir Freie Demokraten freuen uns zugleich auch über die vielen

konventionellen Landwirtschaftsbetriebe, tragen sie doch auch zur Versorgung bei. Aus unserer Sicht gibt es keine per se gute oder per se schlechte Landwirtschaft, sondern alle Landwirtinnen und Landwirten leisten einen wichtigen Beitrag zur gesunden Ernährung der Bevölkerung. Die bisherigen Maßnahmen zur Förderung der Biolandwirtschaft halten wir für ausreichend.

2. Aktionsplan 2025 – Ausdehnung auf Mensen in Hochschulen/Uni

Der 2018 vom Bremer Senat auf Initiative des ABB beschlossene „Aktionsplan 2025 - Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ findet bundesweit Beachtung und fördert bereits jetzt die Bereitschaft weiterer Bremer Landwirte, ihren Betrieb auf Bio umzustellen. Er sieht vor, dass in öffentlichen Kitas, Schulen und Krankenhäusern nur noch Bio-Milch verwendet werden darf und bis 2022 die gesamte Verpflegung in Kitas und Schulen aus dem ökologischen Landbau kommen muss, in Krankenhäusern 25 Prozent bis 2024.

Frage: Werden Sie unsere Forderung unterstützen, dass zukünftig der Aktionsplan auch auf die Kantinen in öffentlichen Einrichtungen und auf Mensen in Hochschulen und Universität Anwendung findet und auch dort bis 2022 mehr Bio-Milchprodukte und Bio-Lebensmittel zum Einsatz kommen?

Antwort: Wir Freie Demokraten wollen und werden den Menschen nicht vorschreiben, welche Lebensmittel sie von welchen Erzeugern verzehren dürfen. Anders als in Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern könne die Gäste in den Mensen ihr Essen frei wählen. Sie können mit Messer und Gabel abstimmen, was sie essen. Für uns ist es wichtig, dass in den öffentlichen Einrichtungen und auch den Mensen die entsprechenden Angebote gibt, damit die Menschen frei auswählen können. Wir begrüßen zudem, wenn regionale Produkte eingesetzt und nachgefragt werden.

3. Weidehaltung

Einige konventionell wirtschaftenden Landwirte lassen ihre Rinder nicht mehr auf die Weide und Biobetriebe müssen ihren Tieren lediglich einen Laufhof zur Verfügung stellen. Weidehaltung ist aus Gründen des Tierwohls, der Artenvielfalt von Fauna und Flora auf den Grünlandflächen und des Klimaschutze sehr wünschenswert.

Frage: Sind Sie auch dafür, dass Bremer Landwirten, die ihre Rinder mindestens 120 Tage auf die Weide lassen, eine Weideprämie für die entstehenden betrieblichen Mehraufwendungen gezahlt wird?

Antwort: Die FDP Bremen setzt sich für eine Weidehaltungsprämie ein. Wir sehen darin eine Erhöhung der Attraktivität für Naherholungssuchende sowie Vorteile für die Ökologie auf den Flächen und in der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

In welcher Höhe und aus welchem Haushalt diese Prämie finanziert werden kann, muss geprüft werden. Wir wissen, dass die Landwirte verantwortlich handeln und ihre Tiere, wenn möglich, auf die Weide lassen. Wichtig ist im Landwirtschaftsbereich die unübersichtlich hohe Zahl der Subventionen kritisch auf den Prüfstand zu stellen und keine nicht unbedingt notwendigen Subventionen einzuführen und Fehlanreize zu setzen.

4. Pestizideinsatz in der Landwirtschaft

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft in Bremen, die ohne Pestizide auskommt. Als Zwischenziel werben wir dafür, bis 2030 den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft Bremen zu halbieren. Wir werden dafür eintreten, dass Ackergifte wie das vermutlich krebserregende Glyphosat und die bienen- und insekzentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich europaweit verboten werden.

Frage: Was halten Sie von unsern Forderungen für eine pestizidfreie Landwirtschaft und einem Verbot von Ackergiften?

Antwort: Damit alle Menschen in Deutschland gesichert ernährt werden können, kann leider nicht auf Pestizide verzichtet werden. Dabei ist Glyphosat ein Mittel, das entgegen vieler Behauptungen nach bisherigem Kenntnisstand richtig eingesetzt nicht krebserregend ist. Zugleich muss der Einsatz von Pestiziden weiter reduziert und auf das notwendige Maß beschränkt werden. In der Biolandwirtschaft werden für dieselben Zwecke Mittel eingesetzt, deren Umweltschädigung von manchen Wissenschaftlern sogar höher eingeschätzt wird (z.B. Kupfer, welches auch für Insekten und insbesondere Bienen sehr schädlich ist). Auch hier gilt es den Einsatz auf das notwendige Maß zu beschränken. Neonicotinoide sind in einigen Fällen sinnvoll, aber zurecht bereits jetzt strengen Auflagen unterworfen. Neonicotinoide sollten bis besserer Ersatz gefunden ist als Pflanzenschutzmittel für die Beizung von Samen weiterhin zur Verfügung stehen. Für Pestizide und Neonicotinoide gilt wie schon betont, dass der Einsatz auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren ist.

5. Gentechnikfreie Landwirtschaft

*Bereits seit 2011 ist Bremen sogenannte „gentechnikfreie Region“, das bedeutet in Bremen werden weder gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut noch gentechnisch veränderte Tiere gezüchtet. Wir möchten Bremer Landwirt*innen darüber hinaus ermutigen, dass ihre Nutztiere nur noch gentechnikfreie Futtermittel erhalten. Damit wäre Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region.*

Frage: Unterstützen Sie unser Ziel, dass alle Bremer Landwirte freiwillig auf den Einsatz gentechnikfreier Futtermittel verzichten sollten, damit Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region wird?

Antwort: Wir Freie Demokraten setzen auf einen vorurteilsfreien und transparenten Umgang mit neuen Technologien, so auch bei der Gentechnik. Wir lehnen daher etwaige Verbote der Gentechnik ab und wollen es jedem Betrieb freistellen, ob er die zugelassenen Mittel nutzen will oder nicht. Produkte sind in jedem Fall entsprechend zu kennzeichnen, damit Konsumentinnen und Konsumenten bewusst entscheiden können.

6. Tierwohl und Kennzeichnung von Lebensmitteln

Tiere sind Lebewesen und kein agrarindustrieller Rohstoff. Die auf Höchstleistung und Maximalertrag getrimmte Tierhaltung verursacht Tierleid, Qualzucht und regelmäßige Lebensmittelskandale. Eine Kehrtwende bei der Tierhaltung und Tierzucht ist überfällig. Für uns sind Lebewesen keine Wegwerfprodukte.

Frage: Unterstützen Sie auch unsere Forderung nach mehr Platz und besseren Haltebedingungen für unsere Nutztiere, einem Verbot von Reserveantibiotika und einer verbindlichen gesetzlichen Kennzeichnung – ähnlich der von Eiern – von tierisch erzeugten Lebensmitteln?

Antwort: Wir Freie Demokraten arbeiten zusammen mit Landwirten an einer Verbesserung der Haltungsbedingungen für Tiere. Bei der Einhaltung des Tierschutzes setzen wir auf eine starke, gut auszustattende Veterinärverwaltung in Bremen. Infektionen mit MRSA und anderen antibiotikaresistenten Erregern stellen eine zunehmende Gefahr für Mensch und Tier dar. Standardantibiotika wirken nicht gegen sie, sodass die Behandlungsalternativen begrenzt sind. Resistente Erreger können Menschen, Haustiere und Nutztiere besiedeln. Eine Strategie zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen muss aus diesem Grund den fachgerechten Einsatz von Antibiotika in allen genannten Bereichen gewährleisten. Sie erfordert eine enge Zusammenarbeit von Veterinär- und Gesundheitsverwaltung. Ein pauschales Verbot der Reserveantibiotika lehnen wir ab, halten aber einen restriktiveren Einsatz für geboten. Wir unterstützen die Initiative der großen Lebensmittelhändler für eine stark verbesserte Kennzeichnung der Haltungsbedingungen von Tieren. Dies läuft derzeit an und sollte abgewartet werden, bevor über eine gesetzliche Regelung nachgedacht wird. Das Konsumentenverhalten zeigt, dass diese auf eine solche Kennzeichnung positiv reagieren.

7. Essbare Stadt

Ein Projekt „Essbare Stadt“ gibt es bereits in vielen Städten, auch in Bremen gibt es Initiativen dazu. Ziel ist u. a. die Nutzung des urbanen Raums zum Anbau von Lebensmitteln und die Förderung einer vielfältigen lokalen Lebensmittelproduktion.

Frage: Wie finden Sie das Projekt einer „Essbaren Stadt“ und dass auf ausgewählten öffentlichen Flächen Obst und Gemüse angebaut werden darf, die alle Bremer*innen ernten dürfen?

Antwort: Wir Freie Demokraten finden es gut, wenn auf nicht für wichtigere Zwecke benötigten Flächen solches Obst und Gemüse angebaut werden darf. Da die Stadt entsprechende Pflanzungen vornimmt, können wir uns nur bei Obstbäumen anstellen vorstellen, die so oder so für Bäume vorgesehen sind. Wichtig ist uns, dass sichergestellt wird, dass durch die öffentliche Zugänglichkeit der Flächen in einem urbanen Bereich keine Gesundheitsgefahr für die Bürgerinnen und Bürger entsteht, die durch dieses Obst oder Gemüse verbreitet wird.

8. Ernährungsbildung

Gutes Essen beginnt mit der Wertschätzung von Lebensmitteln. Dafür braucht es mehr Wissen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern darüber, wie Lebensmittel hergestellt werden, was darin enthalten ist und wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Wir wollen dem Thema deshalb in den Kitas und Schulen mehr Raum geben und den Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und unmittelbare Erfahrungen vermitteln – theoretisch wie praktisch. Wir fordern, dass in Bremen die Umweltbildung im Sinne des Berichts „Zukunft Bremen 2035 (Handlungsfeld 13, Teilziel 4) u.a. durch ein neu einzurichtendes Unterrichtsfach „Ernährungsbildung“ umgesetzt wird und dass jedes Bremer Grundschulkind einmal im Rahmen des Unterrichts auf einem Bauernhof gewesen sein sollte

Frage: Sind Sie auch für die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs „Ernährungsbildung“ und dass jedes Bremer Grundschulkind einmal im Rahmen des Unterrichts auf einem Bauernhof gewesen sein sollte?

Antwort: Wir Freie Demokraten finden das Thema Ernährungsbildung wichtig und finden, dass dies im Rahmen des bisherigen Unterrichts stattfinden muss. Ein eigenes Unterrichtsfach halten wir nicht für erforderlich, wenn so verfahren wird. Bei Thema

Ernährungsbildung muss aber auch immer wieder die freie Entscheidung der Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Menschen dürfen sich auch bewusst ungesund ernähren. Unsere tollen Bauernhöfe in Bremen sind schon jetzt ein Anreiz dafür, dass jedes Grundschulkind einmal einen Bauernhof besucht. Das darf auch gern noch stärker durch die Schulen sichergestellt werden.

9. Haus der Ernährung

Wie wir uns ernähren, woher unsere Lebensmittel kommen und wie sie produziert werden hat enorme Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, auf Böden, Wasser, Klima und auf die Gesundheit der Menschen. Die Ernährung erhält im gesellschaftlichen Diskurs trotzdem immer noch nicht die Bedeutung, die notwendig wäre. Wir fordern daher, dass Bremen ein öffentlich gefördertes, aber unabhängiges „Haus der Ernährung“ nach dem Vorbild vom Kopenhagener „House of Foods“ erhält - gegründet zum Zweck der Verbesserung der Speisen in öffentlichen Einrichtungen.

Frage: Sind Sie auch dafür, dass Bremen ein öffentlich gefördertes „Haus der Ernährung“ nach dem Kopenhagener Vorbild „House of Foods“ erhält?

Antwort: Wir Freien Demokraten sehen einen vergleichsweise großen Nutzen eines solchen Hauses nicht. Wir würden angesichts der fehlenden Finanzmittel an verschiedensten Stellen eine staatliche Finanzierung eines solchen Hauses nicht mittragen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Magnus Buhlert, MdBB